

Möglichkeiten und Grenzen der  
Staatstätigkeit; Bombach Gahlen, Ort  
Tübingen 1982

## EMPIRISCHE ANSÄTZE ZUR ERFASSUNG VON PRÄFERENZEN FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN: ÜBERSICHT

Referat von Bruno S. Frey und Werner W. Pommerehne

1. Kenntnisse der Präferenzen der Individuen sind für die Wirtschaftspolitik erforderlich.

In den beiden letzten Jahrzehnten ist eine beträchtliche Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der staatlichen Politik festzustellen. Zwischen den im politischen Prozeß getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen und den Wünschen der Bürger besteht eine erhebliche Diskrepanz, die sich im Laufe der Zeit nicht etwa zu verringern, sondern eher zu vergrößern scheint. Diese Unzufriedenheit erstreckt sich auf verschiedene Ebenen staatlicher Tätigkeit: Die makroökonomische Politik ist genau so betroffen wie die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienste. Der Unmut der Individuen äußert sich beispielsweise in Form von "Steuerzahlerrebellionen", die als Ausfluß des Widerstandes der Bürger gegen ein ihrer Ansicht nach nicht mehr gerechtfertigtes Ausmaß der Besteuerung angesehen werden können. In Dänemark hat der umstrittene Politiker GLISTRUP dieses Unbehagen für seine Karriere ausgenützt; im amerikanischen Bundesstaat Kalifornien hat eine 1978 stattgefundene Abstimmung die Regierung gezwungen, den Steuersatz auf Haus- und Grundbesitz zu senken und damit auch die öffentlichen Ausgaben zu kürzen; in der Schweiz wurde im gleichen Jahr in einer Volksabstimmung die Einführung der Mehrwertsteuer verworfen, was ebenfalls zu einer Kürzung der geplanten Bundesausgaben geführt hat.

Die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der staatlichen Politik weist darauf hin, daß die Präferenzen der Bevölkerung durch das politische System (auch) demokratischer Staaten unzureichend berücksichtigt werden.

Die Wünsche der Individuen können im Rahmen einer Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik auf zwei verschiedene Weisen zur Geltung gebracht werden (vgl. BUCHANAN 1977, FREY 1981):

- (1) Es können gesellschaftliche *Regeln* (Verfahren) festgelegt und *Institutionen* geschaffen werden, welche die politischen Entscheidungsträger veranlassen, die Wünsche der Bevölkerung vermehrt zu berücksichtigen. Ein Beispiel dafür ist etwa die Institution der Volksabstimmung, welche die Regierenden zwingen kann, die von den Stimmbürgern gewünschten Maßnahmen zu ergreifen. Diese Regeln und Institutionen sind auf einer höheren Ebene als die laufenden politischen Entscheidungen angesiedelt; sie können nur eingeführt und aufrechterhalten werden, wenn ein Grundkonsens besteht. Dieser Konsens ist durch die Unsicherheit über die zukünftige Situation (*veil of uncertainty*) der Entscheidungsträger gekennzeichnet und kann nur freiwillig (und damit einstimmig) zustandekommen. Um bestimmte Regeln und Institutionen, die im laufenden politischen Prozeß gelten sollen, festzulegen, müssen die Entscheidungsträger über ausreichende *Informationen über den Konsensbereich* in der Bevölkerung verfügen. Die empirischen Methoden zur Erfassung der Präferenzen stellen ein Hilfsmittel dar, die Konsensbereiche aufzuspüren und die zum Abschluß von Übereinkünften (Grundkonsens) notwendigen Kompromisse zu erarbeiten.
  
- (2) Auf der Ebene des *laufenden politisch-ökonomischen Prozesses* können die auf der Ebene des Grundkonsenses festgelegten demokratischen Verfahren und Institutionen die Wählerwünsche umso eher erfüllen, je besser die Entscheidungsträger informiert sind. Insbesondere muß sich die Regierung darum bemühen, die Präferenzen der Bevölkerung zu erfahren. Nur dann wird sie in der Lage sein, sich bei Wahlen gegenüber der politischen Opposition durchzusetzen. In gleicher Weise wie die Regierungspartei(en) werden auch die mit ihr (ihnen) konkurrierenden Parteien ein Interesse daran haben, den Wählerwünschen möglichst nahezukommen, um ein Wahlprogramm vorlegen zu können, das möglichst viele Stimmen auf sich zieht. Die Möglichkeit, die individuellen Präferenzen empirisch zu messen, ist somit Voraussetzung zur Durchführung von Nutzen-Kosten Analysen öffentlicher Maßnahmen und Projekte. Eine verbesserte Präferenzfassung führt auf der

Ebene des laufenden politisch-ökonomischen Prozesses dazu, daß der demokratische Wettbewerb um die Wählerstimmen verstärkt und damit wiederum die Präferenzen der Individuen verstärkt berücksichtigt werden.

Die Präferenzfassung dient auf beiden Ebenen demokratischer Wirtschaftspolitik unterschiedlichen Zwecken. In beiden Fällen geht es jedoch darum, die zwischen den Individuen unterschiedlichen Präferenzen und deren Änderung über die Zeit zu erfassen. Ein Grundkonsens läßt sich nur aufrechterhalten, wenn die darin festgelegten Regeln und Institutionen sich den wandelnden Wünschen der Bevölkerung anpassen. Auf der Ebene des laufenden gesellschaftlichen Prozesses sind die politischen Entscheidungsträger darauf angewiesen, die Unterschiede in den Wählerwünschen und deren Entwicklung über die Zeit zu erfahren.

2. Sind die Präferenzen aller Individuen gleich und über die Zeit unverändert?

Üblicherweise wird in der Ökonomie unterstellt, daß die individuellen Präferenzen zwar vorgegeben, jedoch interindividuell verschieden sind. Änderungen im Verhalten der Individuen werden häufig auf Änderungen in deren Präferenzen zurückgeführt.

Vor wenigen Jahren haben in krassem Gegensatz dazu einige Ökonomen aus der Chicago-Schule - insbesondere BECKER (1976) und STIGLER und BECKER (1977) - dezidiert die Auffassung vertreten, daß von interindividuell *gleichen* und zeitlich *unveränderten* Präferenzen ausgegangen werden soll. Ihrer Ansicht nach lassen sich unter diesen Annahmen am ehesten empirisch testbare Hypothesen über das menschliche Verhalten ableiten. Eine Änderung des Verhaltens von Individuen wird ausschließlich auf Veränderungen der Einschränkungen und der damit verbundenen "Schattenpreise" zurückgeführt. Entscheidend ist, daß Veränderungen dieser Einschränkungen unabhängig von dem zu erklärenden Verhalten erfaßt werden können. Dieser methodologische Ansatz hebt sich vorteilhaft von (tautologischen) *ex post* "Erklärungen" ab, bei denen die Verhaltensänderung *ad hoc* auf Präferenzänderungen zurückgeführt werden. Der grundsätzliche Unterschied im methodologischen Ansatz läßt sich leicht anhand

eines Beispiels illustrieren: Es sei angenommen, daß vermehrt auf große Wagen verzichtet und statt dessen Kleinwagen erworben werden. Diese Verhaltensänderung könnte auf eine größere Vorliebe (Präferenz) für kleine Wagen zurückgeführt werden. Solange jedoch diese Präferenzänderung nicht unabhängig vom beobachteten Käuferverhalten festgestellt werden kann, ist diese "Erklärung" nichtssagend, weil sie immer möglich ist. Das gleiche gilt, wenn z.B. der verstärkte Kauf von großen Autos von Personen mit steigendem Einkommen auf die größere Vorliebe der Reichen für große Autos zurückgeführt wird. Die Annahme zeitlich invarianter und interindividuell gleicher Präferenzen soll diesen gehaltlosen Ausweg versperren und zu empirisch testbaren Hypothesen führen<sup>1</sup>. Es wäre unrichtig zu folgern, daß, wenn die Individuen die gleichen Präferenzen haben und diese sich über die Zeit nicht verändern, eine empirische Erfassung individueller Präferenzen unnötig, zumindest aber trivial sei. Der Unterschied zwischen BECKER/STIGLER und der orthodoxen Auffassung besteht darin, wo die das Verhalten bestimmenden Präferenzen angesiedelt werden. Bei BECKER/STIGLER werden die "Präferenzen" höchst allgemein formuliert - meist nur im Sinne des Eigennutzprinzips - und verbleiben im Hintergrund; das Verhalten wird durch die Einschränkungen bestimmt. Nach orthodoxer Auffassung ist es dagegen sinnvoll, die individuellen Präferenzen konkret festzulegen; sie können daher auch zur Verhaltensklärung einen Beitrag leisten. Daraus folgt, daß bei BECKER/STIGLER nur eine Erfassung der individuellen Nachfrage möglich ist, während nach orthodoxer Auffassung eine Erfassung der Präferenzen stattfindet. Auf diese Unterschiede in der Sicht und Terminologie wird hier jedoch keine Rücksicht genommen. Der Literatur folgend, wird in der Regel von der "Erfassung der Präferenzen" gesprochen.

1 Wie insbesondere BLAUG (1980, Kapitel 14) zeigt, verstoßen die Vertreter dieser Auffassung gegen ihre eigenen methodologischen Prinzipien, indem an anderer Stelle *ad hoc* Annahmen eingeführt werden. Die z.B. von BECKER (1976, S. 211) zur Erklärung des Verhaltens von Ehepaaren eingeführte Produktionsfunktion für den Haushalt, ist so allgemein, daß sie mit fast jedem Ergebnis kompatibel ist. So wird etwa die vorherrschende Monogamie deshalb als "effizienteste" Eheform analysiert, weil die auf das gemeinsame Leben von Männern und Frauen zurückführenden Produktivitätsgewinne abnehmende Erträge aufweisen. Wäre hingegen die Polygamie die am weitest verbreitete und daher "effizienteste" Eheform, dann würde dies eben auf zunehmende Produktivitätserträge zurückgeführt werden...

### 3. Ansatzpunkte zur Erfassung der Präferenzen der Individuen

Präferenzen sind nicht direkt beobachtbar, vielmehr lassen sich nur "Spuren" feststellen. Diese Spuren können unterschiedlich nahe an den zu erfassenden Wünschen der Individuen liegen. Je weiter sie davon entfernt sind, desto wichtiger sind die zwischen Präferenzen und Spuren ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse. Nahe bei den Präferenzen auftretende Spuren liefern nicht notwendigerweise bessere Indikatoren, weil es durchaus möglich ist, daß naheliegende Spuren die Präferenzen verzerrt wiedergeben und weiter entfernte Spuren leichter empirisch erfassbar sind.

Es gibt offensichtlich *viele* Spuren, von denen aus auf die Präferenzen der Individuen geschlossen werden kann. Entsprechend bieten sich *viele* unterschiedliche *Methoden* zur Präferenzenerfassung an.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur werden oft nur wenige Methoden (meist sogar nur eine einzige) zur Präferenzenerfassung verwendet. Es dominiert fast unangefochten die Vorstellung, daß sinnvolle Aussagen über die Präferenzen der Individuen nur aus deren Verhalten abgeleitet werden können. (Ansatz der geäußerten Präferenzen). Bei genauerer Betrachtung ergeben sich dabei erhebliche Probleme. So meint etwa SEN (1972, S. 257, 258): "Much of the empirical work on preference patterns seems to be based on the conviction that behavior is the only source of information on a person's preferences". "The idea... is extremely limiting for empirical work and is not easy to justify in terms of the methodological requirements of our discipline". Aus diesem Grund ist eine breite Betrachtung angemessen. Neben dem Versuch, aus beobachtetem Verhalten auf die individuellen Präferenzen zu schließen, sind auch jene Verfahren heranzuziehen, die eine möglichst direkte Präferenzermittlung anstreben.

In Tabelle 1 sind die von uns im folgenden betrachteten empirischen Ansätze zur Präferenzenerfassung nach zwei Gesichtspunkten geordnet:

- (a) Die grundsätzlichen *Ansatzpunkte* zur Präferenzenerfassung:  
Es wird zwischen dem Ansatz der geäußerten Präferenzen

Tabelle 1: Übersicht über die empirischen Ansätze zur Präferenzermittlung

		Ansatzpunkte				direkte Präferenz- ermittlung
		Ansatz der geäußerten Präferenzen				
		Gleichgewicht		Anpassungsprozesse (Ungleichgewicht)		
		wirtschaftlich	politisch	wirtschaftlich	politisch	
Anwen- dungs- be- reiche	Wertschät- zung öffent- licher Güter	(1) Beziehung zwischen Gütern	(4) Median- wähler	(7) Wanderungs- ströme	(8) Volksab- stimmung	(11) Befragung unter kon- trollier- ten Bedin- gungen (Experi- ment)
	Einschät- zung ges- amtwirt- schaftli- cher Kon- stellatlon	(2) Aufwand  (3) Markt- preise	(5) Politi- sche Pro- gramme  (6) Verhalten der Re- gierung		(9) Wahl- und Populari- tätsfunk- tionen  (10) Protest	

und den Verfahren der direkten Präferenzermittlung unterschieden

- (b) Bei den *Anwendungsbereichen* wird zwischen der Erfassung der Wertschätzung öffentlicher Güter und der Einschätzung gesamtwirtschaftlicher Konstellationen (wie z.B. Vollbeschäftigung und Preisstabilität) unterscheiden.

Innerhalb des Ansatzes der geäußerten Präferenz wird eine weitere grundsätzliche Unterscheidung getroffen: Den Methoden, die am Konzept des *Gleichgewichts* ansetzen, werden jene gegenübergestellt, welche die Präferenzen aus *Anpassungsprozessen* (Ungleichgewicht) ableiten.

Bei der ersten Gruppe von Verfahren werden die zugrundeliegenden Präferenzen aus *gesellschaftlichen Gleichgewichtszuständen* abgeleitet. Die sich im Gleichgewicht befindlichen Variablen werden als Spur angesehen, von der aus auf die Wünsche der Individuen geschlossen werden kann. Es wird zwischen einer Äußerung im wirtschaftlichen und politischen Bereich unterschieden.

Im *wirtschaftlichen* Bereich setzen folgende Methoden an:

- (1) Beziehung zwischen Gütern.

Anhand von Informationen über das Ausmaß der Substitutionalität und der Komplementarität zwischen einem öffentlichen und einem privaten Gut können aus der beobachteten Nachfrage nach dem privaten Gut Vorstellungen über die Präferenzen hinsichtlich des öffentlichen Gutes abgeleitet werden.

- (2) Aufwand

Aus der Höhe z.B. der Transportkosten, die ein Individuum auf sich nimmt, um ein anderswo gelegenes öffentliches Gut (wie etwa einen Naturpark) zu nutzen, wird auf die (minimale) Wertschätzung für dieses Gut geschlossen.

- (3) Marktpreise

Da das Angebot an öffentlichen Gütern die Nachfrage nach marktmäßig gehandelten Gütern beeinflusst, kann im Gleichgewicht aus unterschiedlichen Preisen für Marktgüter auf die marginale Zahlungsbereitschaft für die Inanspruchnahme öffentlicher Güter geschlossen werden.

Im *politischen* Bereich beruhen folgende Methoden auf einer Betrachtung von Gleichgewichtszuständen:

(4) Medianwähler

Aus den Merkmalen jenes Individuums, das bei direkten Abstimmungen mit einfacher Mehrheit das entscheidende Votum abgibt, werden die wesentlichen Parameter der individuellen Nachfrage nach öffentlichen Gütern bestimmt.

(5) Politische Programme

Die in repräsentativen Demokratien von den Parteien vertretenen Positionen stellen eine sichtbare Spur der Wünsche der Wähler dar. Die Programme der in Wahlen erfolgreichen Parteien entsprechen den Bürgerpräferenzen eher als diejenigen politisch erfolgloser Parteien.

(6) Verhalten der Regierung

In einer repräsentativen Demokratie, in der die Regierung einem Wiederwahlzwang unterliegt, geben die Handlungen der Regierung Aufschluß über die Wählerpräferenzen.

Bei der zweiten Gruppe von Verfahren werden die Präferenzen aus *gesellschaftlichen Anpassungsprozessen* abgeleitet. Ein Ungleichgewicht wird als Spur angesehen, anhand der auf die zugrundeliegenden Wünsche der Individuen geschlossen werden kann.

Zu den im *wirtschaftlichen* Bereich betrachteten Ungleichgewichtsprozessen gehören vor allem:

(7) Wanderungsströme

Wanderungen werden als Reflex der Präferenzen hinsichtlich der Kombination von öffentlichem Leistungsangebot und Steuerlast in unterschiedlichen Regionen und wirtschaftlichen Bereichen angesehen. Als "Wanderung" kann auch der Entscheid angesehen werden, als Reaktion auf die als unbefriedigend angesehene Kombination von staatlicher Belastung (mit Steuern und Vorschriften) und dem entsprechenden Angebot an öffentlichen Leistungen von der offiziellen Wirtschaft in die unbesteuerte und staatlich unregelte Schattenwirtschaft überzuwechseln (FREY und POMMEREHNE 1982).



Zu den im *politischen* Bereich betrachteten Ungleichgewichtsprozessen gehören:

(8) Volksabstimmungen

Mit Hilfe von Informationen über die Eigenschaften der Wählerschaft wird aus Referenden auf wichtige Determinanten der individuellen Einschätzung von Änderungen im Angebot öffentlicher Güter geschlossen.

(9) Wahl- und Popularitätsfunktionen

Die innerhalb des etablierten politischen Prozesses geäußerte Unterstützung der Regierung (oder auch eines politischen Systems) wird in Beziehung zur Wirtschaftslage (insbesondere zu Inflation und Arbeitslosigkeit) und zu den budgetären Aktivitäten der Regierung gesetzt. Daraus wird auf die zugrundeliegenden Präferenzen der Individuen geschlossen. Die Unterstützung der Regierung wird anhand der Wahlergebnisse und zwischen den Wahlen anhand der Ergebnisse von Popularitätsumfragen erfaßt.

(10) Protest

Im Unterschied zu den vorhergehenden Verfahren werden hier die außerhalb der etablierten politischen Institutionen geäußerten Reaktionen als Indiz für bestimmte individuelle Präferenzen verwendet. Sie reichen von kaum wahrnehmbarer Unzufriedenheit bis zu offener Rebellion und Revolution.

Die Methoden der *direkten Präferenzzerfassung* können sowohl auf öffentliche Güter als auch auf gesamtwirtschaftliche Konstellationen angewendet werden. Ebenso erübrigt sich die Unterscheidung zwischen Gleichgewicht und Anpassungsprozeß als Ansatzpunkte. Es werden zwei Methoden unterschieden:

(11) Betrugung unter kontrollierten Bedingungen

Im Rahmen spezifisch ausgestalteter Labor- und Feldexperimente wird versucht, die Befragten zu veranlassen, ihre wahren Präferenzen für öffentliche Güter bekanntzugeben.

## (12) Individuelle Wohlfahrtsfunktionen

Mittels Befragung kann eine Einschätzung des von den verschiedenen Individuen dem Einkommen zugeordneten Nutzens vorgenommen und eine Wohlfahrtsfunktion konstruiert und ökonomisch geschätzt werden. Die Unterschiede in der Wertschätzung des Einkommens können auf Faktoren wie Einkommenshöhe oder Familiengröße zurückgeführt werden. Diese Methode der Präferenzzerfassung läßt sich auch auf nicht-marktmäßig gehandelte Güter wie die natürliche Umwelt anwenden.

### 4. Vorgehen

Die zwölf soeben genannten Ansätze werden in den beiden nachfolgenden Beiträgen von POMMEREHNE (Präferenzen für öffentliche Güter) und FREY (Präferenzen für gesamtwirtschaftliche Konstellationen) im einzelnen erörtert. Die spezifischen Vor- und Nachteile werden jeweils am Ende der einzelnen Abschnitte diskutiert. Es zeigt sich, daß jede dieser Methoden an unterschiedlichen Punkten ansetzt und Spuren anhand unterschiedlicher Gleichgewichte und Prozesse zu erfassen sucht. Nicht jede Methode ist in gleicher Weise geeignet, bestimmte Präferenzen zu erfassen. Zuweilen ist es möglich, mehrere Methoden gleichzeitig zu verwenden. Auf diese Weise kann die Präferenzmessung unabhängig voneinander überprüft werden. Wenn immer möglich, sollte diese Gelegenheit zur Absicherung der empirischen Präferenzzerfassung ausgenutzt werden. Für die (traditionelle) Wirtschaftswissenschaft ist es wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Präferenzen nicht nur aus dem auf einem Markt beobachtbaren Verhalten ableitbar sind, sondern daß dazu auch das Verhalten im politischen Raum herangezogen werden kann. Ebenso bedeutsam ist, daß neben den auf das Verhalten abstellenden Verfahren auch direkte Methoden zur Verfügung stehen. Genauso wie bei der Anwendung des Ansatzes des "revealed behavior" große Sorgfalt und Umsicht nötig ist, gilt dies auch für Befragungen. Wird diese Methode falsch angewandt - werden z.B. die (impliziten) Preise oder Budgetbeschränkungen vernachlässigt - ist es nicht überraschend, daß fragwürdige Ergebnisse folgen. Gerade auf diesem Gebiet hat die Forschung in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt.

## Literaturverzeichnis

- BECKER, G.S. (1976)  
The Economic Approach to Human Behavior.  
Chicago.
- BLAUG, M. (1980)  
The Methodology of Economics.  
Cambridge.
- BUCHANAN, J.M. (1977)  
Freedom in Constitutional Contract.  
College Station.
- FREY, B.S. (1981)  
Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik.  
München.
- FREY, B.S. und POMMERHNE, W.W. (1982)  
Though this be Madness, yet there is Method in it?  
In: V. TANZI (ed.), The Underground Economy in the United  
States and Abroad.  
Lexington und Toronto.
- SAMUELSON, P.A. (1975)  
Volkswirtschaftslehre.  
Köln.
- SEN, A. (1972)  
Behavior and the Concept of Preference.  
In: *Economica*, Vol. 40.
- STIGLER, G.J. und BECKER, G.S. (1977)  
De gustibus non est disputandum.  
In: *American Economic Review*, Vol. 67.

## EMPIRISCHE ANSÄTZE ZUR ERFASSUNG DER PRÄFERENZEN FÜR ÖFFENTLICHE GÜTER

Referat von Werner W. Pommerehne

In der gemeinsamen Einführung zu diesem und dem folgenden Beitrag wird zwischen acht Ansätzen unterschieden, die sich mit der quantitativen Erfassung der Präferenzen für öffentliche Güter beschäftigen. Den drei in *Teil I* dieses Beitrags erörterten Ansätzen ist gemeinsam, daß Situationen betrachtet werden, denen ein *wirtschaftliches Gleichgewicht* zugrundeliegt. Die Wertschätzung eines öffentlichen Gutes wird entweder anhand der Nachfrage nach einem hierzu komplementären oder substitutiven privaten Gut erfaßt, aus der Höhe des Aufwands oder der Kosten abgeleitet, die die Individuen zwecks Nutzung des öffentlichen Gutes auf sich nehmen, oder anhand der Auswirkungen ermittelt, die von dem öffentlichen Gut auf die Marktpreise ausgehen. In *Teil II* wird mit der Darstellung des Medianwählermodells auf ein *politisches Gleichgewicht* Bezug genommen. Grundsätzlich ergeben sich auch aus der Analyse von Ungleichgewichtssituationen und Anpassungsvorgängen Hinweise auf die individuellen Präferenzen für öffentliche Güter. In *Teil III* wird die Analyse von Wanderungsströmen erörtert, die *Anpassungsprozesse im wirtschaftlichen Bereich* darstellen, während die im *IV. Teil* diskutierte Auswertung der Ergebnisse von Volksabstimmungen von einem *Ungleichgewicht im politischen Bereich* ausgeht.

Im Gegensatz zu den bislang angeführten Verfahren, die alle auf eine Interpretation beobachteten Verhaltens abzielen, stellen die in *Teil V* erörterten Ansätze auf eine *direkte Präferenz-erfassung* auf dem Befragungsweg ab. Dabei werden zum einen Methoden der Befragung unter kontrollierten Bedingungen diskutiert, sei es im Rahmen "anreizkompatibler" Laborexperimente, als Feldexperimente im natürlichen Umweltmilieu oder als Versuch, für öffentliche Güter eine Marktlösung zu simulieren. Als direkte Präferenz-erfassung können aber auch jene Verfahren angesehen werden, bei denen aus den Antworten auf eine Reihe von Einschätzungsfragen zunächst individuelle Wohlfahrtsfunktionen